

## Forderungen des BUND OV Marburg an die zukünftige Regierung der Stadt Marburg

### Lahnrenaturierung

Der BUND fordert eine konsequente Fortsetzung der Renaturierung der Lahn im Stadtgebiet. Im Schwerpunkt geht es dabei um folgende Projekte:

1. Rückbau der noch vorhandenen Parkplätze in der Lahnaue.
2. Bei der anstehenden Sanierung des Grüner Wehrs ist der Umbau nach der Konzeption „Rauhe Rampe“ unter den Aspekten Naturnähe und umfassender Verbesserung der Gewässerökologie unter Wahrung der Belange des Denkmalschutzes zielführend und jeder anderen Konzeption überlegen. Dies nicht zuletzt unter den Aspekten:
  - Bestmögliche Variante zur Wiederherstellung der Durchgängigkeit für alle tangierten Arten des Lebensraum Lahn, ihrer Ökologie und Naturnähe
  - Adäquate Lösungsvariante im überörtlichen Kontext des EU Projektes „Living Lahn“
  - Höchstmögliche Konformität zu den Zielaussagen der EU-Wasserrahmenrichtlinie
  - Höchstmögliche Wiederherstellung der Naturnähe des aquatischen Lebensraums
  - Aller Voraussicht nach deutliche Minimierung der Projektkosten insgesamt im Verhältnis zu der bisher vorgelegten Projektvariante
  - Höchstmögliche Reduzierung der durch die Baumaßnahme verursachten Gesamt-CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Zum Projekt Grüner Wehr hat der BUND Marburg bereits eine ausführliche [Stellungnahme](#) an den Magistrat übermittelt.

3. Die Errichtung von Kleinwasserkraftanlagen sollte unterbleiben. Dies gilt insbesondere auch für das Projekt Lohmühle. Der BUND bewertet dieses Projekt als ökonomisch wie ökologisch nicht zielführend, Begründung:
  - Der durch die Herstellung des Bauwerks und begleitender Anlage verursachte Entstehung von CO<sub>2</sub> steht keine CO<sub>2</sub>-Amortisation in angemessenen Zeiträumen gegenüber. Weder die Stadt Marburg noch das Hessische Umweltministerium, das eine Förderung in beträchtlicher Höhe in Aussicht stellte, waren bisher in der Lage oder bereit, auf Nachfrage des BUND Marburg nachvollziehbare Daten zu liefern.
  - Der Betrieb der Lohmühle würde zu einer Reduzierung der Abflussmenge im originären Lahnbett unterhalb des Grüner Wehr führen. Insbesondere in den zunehmenden Phasen von Niedrigwasserführung infolge des Klimawandels würden die gewässerökologisch wertvollen Strukturen dieses Lahnabschnitts schwerwiegend und inakzeptabel beeinträchtigt.
  - Der geringe erwartete Stromertrag von 70000 kWh/J aus dieser Anlage steht demzufolge in keinem angemessenen Verhältnis zu den ökologischen Risiken/Schäden. Eine einzige Windkraftanlage produziert im Gegensatz dazu etwa die 100 fache Strommenge.

### Windenergie

Der BUND fordert die zukünftige Stadtregierung auf, den Ausbau der Windenergie auf den Marburger Vorrangflächen aktiv zu fördern und voranzutreiben. Die konsequente Ausnut-

zung des Windkraftpotenzials im Stadtbezirk Marburg ist essenzielle Voraussetzung zur Realisierung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2030.

### **Flächenverbrauch:**

Der BUND fordert eine massive Reduktion des Flächenverbrauchs, insbesondere im Außenbereich. Anzustreben ist eine Netto-Null-Neuersiegelung. Die Innenentwicklung sollte weiterhin einen klaren Vorrang genießen, z.B. durch Aufstockung, Bebauung bereits versiegelter Flächen, Wiederbelebung von Dorfkernen, Aktivierung von Baulücken in den Außenstadtteilen, Denkmalschutz konforme Umnutzung nicht mehr genutzter landwirtschaftlicher Nebengebäude. Bei Wohnungs- wie auch Gewerbebau ist möglichst platzsparend zu planen. Bisher prognostizierte Bedarfe an neuen Wohnungen und Gewerbeflächen sollten aktuell und regelmäßig überprüft werden.

### **Entwicklung und naturschutzkonforme Bewirtschaftung des öffentlichen Grüns im Siedlungs- und Außenbereich**

Der BUND fordert, die öffentlichen Grünflächen konsequent nach naturschutzfachlichen Gesichtspunkten zu bewirtschaften. Ziel ist die optimierte Aktivierung des im Eigentum der öffentlichen Hand stehenden Potenzials an Grünflächen zur Entwicklung artenreicher Blühflächen für die bedrohte Vielfalt der Insektenwelt sowie zur Steigerung des Erlebniswertes. Die Unternehmen der privaten Wohnungswirtschaft sollten seitens der Stadt gezielt angesprochen werden, sich einem vergleichbaren Flächenmanagement anzuschließen. Die wünschenswerte Reduzierung der Pflegeintensität verringert zusätzlich CO<sub>2</sub>-Emissionen. Neueinsaatungen sollten nur mit Regio-Saatgut erfolgen, bestehende Flächen z.B. zweischüurig gemäht werden bei Abtransport des Mahdguts. Spontan entstehende Vegetation wie z.B. Ruderalfluren sollte, wo immer möglich, toleriert und gefördert werden. „Schottergärten“ sollten im gesamten Stadtgebiet verboten werden. Diese Sachverhalte bedürfen nach Auffassung des BUND Marburg einer klar umrissenen Regelung durch Ausarbeitung und Erlass einer zielführenden „Grünsatzung“ für den gesamten Stadtbezirk Marburg.

### **Zukunftsfähiges Mobilitätsangebot für den Pharma-Standort Görzhäuser Hof**

Mit oder ohne den weiteren Ausbau des Pharmastandortes Görzhäuser Hof muss umgehend ein Planungsprozess in Gang gesetzt werden, mit dem für ein zukunftsfähiges Mobilitätsangebot die Weichen gestellt werden. Die Lösung kann nicht eine Ausweitung im Angebot für den motorisierten Individualverkehr sein. Der BUND Marburg fordert deshalb die umgehende Erstellung einer Machbarkeitsstudie für den Anschluss des Standortes Görzhäuser Hof an die Lahntal-Bahnstrecke mit Haltepunkten in Michelbach und am Görzhäuser Hof. Er fordert zudem die Verankerung eines derartigen Projektes in der Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsplanes Mittelhessen durch Initiative der Stadt Marburg und des Landkreises Marburg-Biedenkopf ([Stellungnahme](#) des BUND).

### **Bauen und Sanieren nach Kriterien des Klimaschutzes und der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum**

Zum Erreichen des Zieles Klimaneutralität in Marburg bis zum Jahr 2030 sind für den Baubestand immense Anstrengungen zur Reduzierung des Heizwärmebedarfes zu leisten. Im Neubaubereich müssen Standards erfüllt werden, die deutlich über den gesetzlich normierten Anforderungen liegen und längst Stand erprobter Technik darstellen. Gleichzeitig müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, im Neubaubereich das Dachflächenangebot vorrangig für die Solarenergienutzung und Regenwassernutzung als Brauch-

wasser in den Haushalten verfügbar zu machen. Hinzutreten müssen die Aufbereitung von Grauwasser und additiv dezentral gewonnenes Grundwasser zur Abdeckung des Brauchwasser-Restbedarfs. ([Positionspapier des BUND](#) „Bauen und Sanieren im Klimawandel“)

### **Erhalt von Kaltluftentstehungsflächen und Frischluftschneisen**

Im Kontext der Klimawandelanpassung kommt dem Erhalt von Kaltluftentstehungsflächen und Frischluftschneisen eine besondere Bedeutung für den Erhalt eines verträglichen Stadtklimas zu. Daher fordert der BUND, diese Gebiete zu identifizieren und unbedingt von Bebauung freizuhalten.

### **Erarbeitung einer Satzung für die Stadt Marburg zur vorrangigen Gewinnung/Nutzung von Niederschlagswasser für Zwecke der Brauchwassernutzung**

Die klimastrategische Bedeutung einer rationellen und sparsamen Nutzung des Naturgutes Wasser ist in der Marburger Stadtpolitik noch nicht wirklich angekommen. Im städtischen Klimaaktionsplan kommt sie schlicht nicht vor. Einen wichtigen Ansatz sieht der BUND Marburg in der Erarbeitung einer qualifizierten kommunalen Satzung. Als Ausgangspunkt der Diskussion sieht der BUND das konkrete Beispiel der [Stadt Oberursel](#).

### **Erarbeitung und Verabschiedung einer Satzung zur Reduzierung des Einsatzes von motorisierten Laubblasegeräten**

Der Einsatz von Laubblasegeräten ist im Hinblick auf die verursachte Lärmbelastung und die CO<sub>2</sub>-Emissionen auch beim Einsatz von Elektrogeräten nicht mehr zeitgemäß. Er ist durch Erarbeitung/Verabschiedung einer Satzung soweit zu reduzieren, als dies im Rahmen von Bundes und EU-Recht möglich ist. Soweit es sich um die Reinigung von öffentlichen Wegen und Flächen im Stadtbezirk Marburg handelt, ist der Einsatz entsprechender Geräte von der Stadt Marburg als Auftraggeber zu beenden.

### **Eine echte Verkehrswende in Marburg**

Der BUND fordert die neue Stadtregierung auf, in Marburg eine Verkehrswende einzuleiten, die den Namen verdient. Das bedeutet eine klare Abkehr vom Primat des motorisierten Individualverkehrs. In Zukunft sollte Verkehr in Marburg von den schwächeren Verkehrsteilnehmern her gedacht werden, mit einer klaren Priorisierung des Fuß-, Rad- und öffentlichen Verkehrs. Dazu gehören Maßnahmen wie Tempo 30 in der ganzen Stadt, eine möglichst kurze Taktung des Busverkehrs, sowie eine signifikante Einschränkung des MIV in der Innenstadt, ggf. durch eine Citymaut oder eine intensiviertere Parkraumbewirtschaftung.

### **Transparenz und Beteiligung**

Bei größeren Vorhaben der Stadt Marburg sollte die Zivilgesellschaft so frühzeitig, so transparent, so ergebnisoffen und so repräsentativ wie möglich beteiligt werden. Nur so kann das notwendige Vertrauen geschaffen werden, um gemeinsam den schwierigen Weg zur Klimaneutralität 2030 beschreiten zu können.



Ingmar Kirck für den BUND OV Marburg